

# 1. Leitartikel des Präsidenten der GEMEINSCHAFT DER HEERESFLUGABWEHRTRUPPE E. V.

## Der Präsident hat das Wort

Liebe Mitglieder der GEMEINSCHAFT DER HEERESFLUG-ABWEHRTRUPPE, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 23. Februar 2025 hat Deutschland (vorgezogen) einen neuen Bundestag gewählt. Mit seiner ersten, konstituierenden Sitzung am 25. März 2025 endete die alte, 20. Wahlperiode, die neue, 21. Wahlperiode, begann.

Während die alte Bundesregierung die Geschäfte weiterführt, bis eine neue steht, erleben wir aktuell sich dem Ende neigende, intensive Koalitionsverhandlungen und Abstimmungsprozesse, die vermutlich Anfang Mai 2025, in eine neue, hoffentlich stabile und handlungsfähige Bundesregierung münden werden.

Die Herausforderungen, denen sich die neue Bundesregierung stellen muss, sind angesichts einer Welt im Umbruch in nahezu allen Politikfeldern erheblich. Dabei muss es vor allem darum gehen, unsere innere wie äußere Sicherheit, unseren Frieden in Freiheit, und unseren Wohlstand, durch eine kluge, zukunftsorientierte Bündnispolitik zu wahren und zu fördern.

Dazu zählt eine berechenbare, konstante Wirtschaftspolitik, die unseren Unternehmen – egal, ob groß, mittel oder klein – größtmögliche Freiheiten gewährt, deren Energiekosten reduziert, von bürokratischem Ballast befreit und Planungssicherheit vermittelt; insoweit also Anreize schafft, die eigenen Strukturen zu optimieren und in die Zukunft zu investieren. Sind es doch unsere Unternehmen, die mit ihren Produkten, einer großen Zahl von Beschäftigten und einem erheblichen Steueraufkommen den gesellschaftlichen Wohlstand maßgeblich beeinflussen. Unsere Wirtschaft muss also baldmöglichst wieder spürbar wachsen und konkurrenzfähiger werden, damit sich unsere Gesellschaft, ohne übermäßige Belastung der nächsten Generationen, all das leisten kann, was sie sich leisten muss (z.B. für Sicherheit und Verteidigung) und leisten sollte (z.B. für Soziales).

Mindestens genauso wichtig erscheint mir angesichts der aktuellen Bedrohungslage eine Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die wie bisher im Einklang mit unseren Bündnispartnern erfolgt und auf glaubhafter Abschreckung mit bedrohungsgerecht ausgerüsteten, einsatzbereiten Streitkräften basiert. Schließlich sind die Herausforderungen und Bedrohungen in diesem Politikfeld sehr komplex und akut. Dabei denke ich vor allem an Russland und den Krieg vor unserer Haustür, in der Ukraine.

Seit mehr als drei Jahren führt Russland diesen barbarischen, völkerrechtswidrigen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine. Ein Ende dieses Krieges oder zumindest ein Waffenstillstand, der von beiden Kriegsparteien uneingeschränkt akzeptiert wird, und als Basis für Friedensverhandlungen dienen könnte, liegt m.E. in noch weiter Ferne.



Wolfgang Köpke  
Foto: Förderkreis Deutsches



Während der ukrainische Präsident Selenskyj Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft signalisiert hat, scheint Präsident Putin dazu nicht bereit zu sein, auf Zeit zu spielen und zu versuchen, daraus Vorteile zu ziehen, was selbst die Verhandlungsführer auf US-Seite, einschließlich des US-Präsidenten, verärgert hat.

Man könnte vermuten, dass Präsident Putin diesen Krieg führen wird, bis er seine Kriegsziele erreicht hat. Und das wird dauern. Bis heute hat Russland nämlich in diesem Krieg, der mit einem operativ-taktischen Fehlschlag (erfolgloser Versuch, die ukrainische Hauptstadt Kiew einzunehmen) begann, trotz eigener Überlegenheit wenig erreicht.

Die Geländegewinne gegen eine geschickt und heldenhaft verteidigende Ukraine sind nach drei Kriegsjahren gering (ca. 20% des ukrainischen Territoriums). Es ist den russischen Streitkräften weder gelungen, die Luftherrschaft/Luftüberlegenheit zu gewinnen, noch waren sie in der Lage, die ukrainischen Lines of Communication zu unterbrechen.

Die russischen Verluste beim Personal und Material sind enorm und offensichtlich sehr viel größer als die der ukrainischen Streitkräfte. Die Bilder von auf russischer Seite kämpfenden Soldaten, die mit Elektrorollern angreifen, sprechen ebenso Bände, wie die wohl eher verzweifelten Angriffe russischer Einheiten mit ungeschützten, handelsüblichen Fahrzeugen.

Geht Präsident Putin zu Lande also die Luft aus? Ich glaube nicht. Aber er wird sich genötigt sehen, den Raketen- und Drohnenerror gegen zivile Ziele, egal ob Infrastruktur oder Menschen, fortzusetzen, verstärkt auf Reserven zurückzugreifen, die russische Kriegswirtschaft noch intensiver zu fordern, und weiteres Personal für die Front zu rekrutieren, nötigenfalls verstärkt auch aus Nordkorea und China. Dessen ungeachtet rüstet Russland seine Streitkräfte quantitativ wie qualitativ mit hohem Tempo weiter auf. Dies mutmaßlich, um Kräfte für eine Frühjahrsoffensive zu generieren und/oder die Fähigkeit zu erlangen, sich mit hinreichenden Kräften an einer weiteren Front durchsetzen zu können.

Angesichts dieser äußerst bedrohlichen Lage gilt es zum einen, die Ukraine weiterhin und uneingeschränkt politisch, finanziell, humanitär, wirtschaftlich und militärisch (durch Ausbildungshilfe, Waffen- und Munitionslieferungen) zu unterstützen, damit sie diesen Krieg nicht verliert und keinesfalls gezwungen wird, in wie auch immer gearteten Verhandlungen dem russischen Diktat folgen zu müssen.

Zum anderen gilt es, die Bundeswehr möglichst rasch so aufzustellen, dass sie ihren Kernauftrag, die Bündnis- und Landesverteidigung, in jeder Hinsicht erfüllen kann. Bekanntermaßen ist ihr Ausrüstungs- und Modernisierungsbedarf erheblich, nicht zuletzt auch aufgrund von Abgaben an die ukrainischen Streitkräfte, und wird hohe Kosten mit sich bringen. Das zwischenzeitlich fast vollständig verplante Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro war dafür ein wichtiger erster Schritt, dem zwingend weitere folgen müssen.

Die umfangreichen Bedarfe der Streitkräfte sind definiert und liegen seit geraumer Zeit auf dem Tisch. Unsere Sicherheits- und Verteidigungsindustrie will und kann bedarfsgerecht liefern, wenn die erforderlichen Rahmenbedingungen, insbesondere eine langjährige Planungssicherheit und gestraffte, bürokratiebefreite Beschaffungsprozesse, dafür gegeben sind.



Die unlängst in Berlin erklärte politische Absicht, in den nächsten Jahren massiv und nachhaltig in die Bundeswehr zu investieren (Whatever it takes!), ist nicht zuletzt angesichts des vom US-Präsidenten Trump ausgeübten Drucks, mehr für die eigene Verteidigung (5% des Bruttoinlandsproduktes) zu tun, absolut folgerichtig. Sie hat historische Tragweite und muss sich möglichst rasch in der Truppe auswirken. Die Zeit drängt, zumal wir für Präsident Putin und seine Schergen bereits seit geraumer Zeit Ziel einer auf Destabilisierung ausgerichteten, hybriden Kriegsführung (Propaganda, Desinformation, Spionage, Sabotage und Cyberattacken) sind, die schnell eskalieren kann.

Die größte, ja strategische Herausforderung, die die Bundeswehr alsbald bewältigen muss, ist die für ihren Aufwuchs unverzichtbare Personalgewinnung und -bindung. Mit der Einführung einer zeitgemäßen, verpflichtenden Wehrform, sowie einem Attraktivitätsprogramm, sollte dieser Herausforderung entsprochen werden. Auch darüber gilt es, zunächst politisch zu entscheiden.

Dessen ungeachtet muss es in unserem Land uneingeschränkt möglich sein, über die Bundeswehr zu informieren und für den Dienst in der Bundeswehr zu werben. Das kürzlich vom Zwickauer Stadtrat auf Antrag des BSW ausgesprochene Verbot, auf stadteigenen Fahrzeugen und Gebäuden für die Bundeswehr zu werben, bleibt hoffentlich ein Einzelfall staatsbürgerlicher Ignoranz, und zeigt beispielhaft, dass die Zeitenwende noch nicht in allen Köpfen angekommen ist.

Wehrhaftigkeit ist nicht allein Angelegenheit der Streitkräfte; sie ist vielmehr eine gesamtstaatliche bzw. gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unsere Soldatinnen und Soldaten müssen die Gewissheit haben, dass Politik und Gesellschaft ihren Beitrag dazu einbringen, hinter ihnen stehen, ihnen Rückhalt gewähren, und so durch Stärkung der Resilienz zur Kriegstüchtigkeit beitragen. Ohne den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bleibt Kriegstüchtigkeit eine Illusion.

Zur Frage, wie es mit dem NATO-Bündnis weitergeht, wage ich keine Prognose. Allerdings hoffe ich sehr, dass die Vereinigten Staaten von Amerika unter Präsident Trump am Engagement in und für Europa sowohl konventionell als auch nuklear unverändert festhalten und die Ukraine in ihrem Freiheits- und Überlebenskampf weiterhin unterstützen. Selbst wenn der europäische Pfeiler der NATO in den nächsten Jahren – für mich zwingend – an Stärke zunimmt, braucht Europa den Schutz der Amerikaner. Das Bündnis muss in dieser krisengeplagten Zeit zusammenstehen, politisch wie militärisch stark sein, mit einer Stimme sprechen und entsprechend handeln.

Mit der Bitte an Sie, liebe Leserinnen und Leser, sich zum Wohle unserer wehrhaften Gesellschaft weiterhin in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskurs einzubringen, verbleibe ich

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Ihr

Wolfgang Köpke

*Wolfgang Köpke, Generalmajor a. D., ist im September 2016 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. In seiner letzten Verwendung war er seit 2014 Amtschef des Amtes für Heeresentwicklung. In der Heeresflugabwehrtruppe war er BttrChef und Kommandeur aller Ebenen bis hin zur Flugabwehrbrigade und der Heeresflugabwehrschule, in dieser Funktion auch General der Heeresflugabwehr.*

